

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

**Bezugs-Bedingungen:**

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erhebt mit Ausnahme  
des Montag täglich 100

## Vollbracht!

Wie ihnen befohlen, haben die deutschen Hungerzollparteien gestern pariert und dem Militarismus gegeben, was „des Militarismus ist“. Der gestrige Tag soll unvergessen bleiben, er wird im Schuldbuch der Deutschbürgerlichen als Tag ihrer beispiellosen Schmach eingeschrieben sein. Gleich fünf Militärvorlagen auf einmal, die durchwegs auf die Stärkung des tschechischen Militarismus und seine Entdemokratisierung abzielten, sind in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses mit den Stimmen der deutschen Christlichsozialen, der Landbündler und der Gewerbetreibenden beschlossen worden und heute wird die sechste, durch welche die Schaffung einer Ersatzreserve erfolgt, verhandelt und voraussichtlich ebenso einstimmig angenommen werden. Wo wäre jemals, außer in Zeiten eines bevorstehenden Krieges, irgendwo eine solche Massenfabrikation militäristischer Gesetze zu verzeichnen gewesen, wo hat es jemals eine solche Parlamentsmehrheit gegeben, die, ohne Bedenken und Skrupel, ohne mit der Wimper zu zucken und ohne ein Wort an dem zu ändern, was die Selbstherrlichkeit der Militärverwaltung fordert, im Gehorsam vor dem Willen des Molochs einen solchen Reford geschlagen hätte! Die Kennzeichnung der Wehrmaßnahmen, wie sie treffend ein sozialdemokratischer Abgeordneter nannte, als stumme Hunde ist derb, aber verdient. Was der eine und einzige deutsche Regierungsmann, der Abgeordnete Zierhut, der in der Debatte sprach, in letzter Stunde in einer kurzen Erklärung vortrug, das war ein armseliges Gebraun von Phrasen und zu nichts verpflichtenden Versprechungen, ein Gestammel, dem man die Verlegenheit und Hilflosigkeit bei jedem Worte ansah. So groß war die Verlegenheit der Politiker aber doch nicht, daß sie die Hände für die Annahme der Gesetze zu heben unterlassen hätten.

Herr Zierhut versuchte, den Eindruck zu erwecken, daß sich die Deutschbürgerlichen mit Stolz zu ihrer Sympathie für die Militärvorlagen bekennen. In diesen stolzen Mut glauben wir aber trotz des aufgewendeten Schmierenspatkos doch nicht. Die Deutschbürgerlichen wissen sehr gut, daß ihre plötzlich erwachte Schwärmerei bei der Wählererschaft auf wenig Verständnis und Liebe stoßen wird, und mit Bangigkeit werden sie an die Zukunft denken, da diese Wählererschaft von ihnen Redenshaft fordern wird. Aber was sollen sie tun! Durch das Gegenteil einer genialen politischen Strategie haben sie sich in eine Lage gebracht, die der Lage des hilflosen Greises auf dem Dache gleicht, der sich nicht zu helfen weiß. Sie haben einen Gefangenen gemacht, der sie nicht losläßt. Würden sie den Stimmungen und Wünschen ihrer Wähler folgen — das Kartenhaus des Aktivismus, das den lieben Kleinen so viel Freude macht, wäre zum jähen Einsturz verurteilt. Ob sie nun wollen oder nicht, sie müssen den betretenen Pfad weiter gehen, der voll Dornen und bar aller Lichtblicke ist, denn die armen Hefoten werden von ihren Sklavenhaltern grausam vorwärtsgepeitscht, ohne Rücksicht, ob die Dornen ihre Köpfe zerstoßen und der Weg in den Abgrund führt. Das macht sie natürlich nicht schuldlos, denn hätten sie sich nicht, angetrieben von ihrem antisozialen Urinstinkt, vom tolleren Arbeiterhaß und von der materiellen egoistischen Proffigkeit ihrer Klasse in die ungleiche Gemeinschaft begeben, die tschechisch-deutsche Bürgerkoalition genannt wird, dann hätten sie es heute nicht nötig, daran mitzuwirken, neue Leiden und Leiden ihrem Volke aufzuladen.

Wie der einsame Wanderer, der im dünnen Wald ein Liedchen pfeift, um sich Mut zu machen so trällerte auch Herr Zierhut den alten aktivistischen Gassenhauer von der dem deutschen Volke zukommenden Gleichberechtigung, welche die Regierungsbürokraten „in die Tat umzusetzen“ im Begriffe sind. Darüber macht er sich keine Gedanken, daß diese Gleichberechtigung bisher noch keine anderen Reime ihres Wachstums zeigt, als sie in dem Recht der Aktivisten, für Bälle, Konarua, Rüstungsfonds, 18monatige Dienstzeit, Verwendung des

## Der Verfassungsbruch vollendet.

Die Militärvorlagen von der Mehrheit angenommen. — Große Krawalle bei der Abstimmung.

Prag, 30. März. In den späten Abendstunden nahm das Abgeordnetenhaus die Abstimmung über die Wehrvorlage vor. Vorher durften die deutschen Regierungsparteien noch eine ausgiebige Plamagie quillieren: Statt der versprochenen Entschuldigungen des nationaldemokratischen Referenten Späček wegen seiner deutschlandfeindlichen Äußerungen, die die Regierungsbürokraten bei ihrer Vorprache bei Svehla angeblich durchgesetzt haben wollten, drehte Herr Späček noch den Spieß um und brachte es nach einer gefälschten Auslegung jener Äußerung fertig, sich seinerseits noch zu beschweren, daß man ihm unrecht getan habe! Und die Regierungsbürokraten brachten es fertig, auch dazu ruhig zu sein und selbst diese neue Ohrfeige seitens ihres Koalitionsskollegen ruhig einzustechen.

Bei der Abstimmung gab es wiederholt arge Lärmereien, die sich zeitweise zu Pulverdetonationen steigerten und während der ganzen Abstimmung in wechselnder Stärke anhielten. Alle Proteste der Opposition gegen den offensündigen Verfassungsbruch bei der Abstimmung über das Soldatenwahlrecht nützen nichts.

Auffallend war die verhältnismäßig schwache Beteiligung der Mehrheit: sie brachte bestenfalls nur 139 Stimmen, also weit weniger als die Hälfte, zusammen, die Minister alle schon eingeschrieben. Namentlich die deutschen Regierungsbürokraten wiesen starke Lücken auf.

In der Nachmittagsitzung sprach als erster Redner der Deutschnationaler Schallich, der den deutschen Regierungsparteien vorwirft, daß sie bisher zu den Vorlagen noch gar nicht Stellung genommen haben. (Genosse Schweighart: Maul- und Klauenfische!) Dieses Schweigen entbeide sie aber nicht der Verantwortung; sie hätten Garantien für die ganze tschechische Außenpolitik verlangen müssen; so aber werden sie sich mit einer nachfolgenden Erklärung Späček's zufrieden geben.

Dann tritt Herr Ströbner auf, der „als ehemaliger Minister, Sozialist und oppositioneller Abgeordneter“ zu den Vorlagen Stellung nehmen will. Er beschränkt sich aber darauf, im ständigen Vorgesicht mit der Opposition, die diesen unwürdigen Sozialisten scharf herumnimmt, ein Loblied auf die Vorlagen zu singen und deren unabdingbare Notwendigkeit immer und immer wieder bis zum Ueberdruß hervorzuheben. Seiner persönlichen

Eitelkeit schmeichelt es offenbar, sich in die Zeiten seiner Ministerherrlichkeit zurückzuversetzen, und er traut deshalb alle seine damals gemachten Erfahrungen aus, die angeblich die Entpolitisierung der Armee und die Dienstzeitverlängerung begründen sollen. Als ihm Genosse Dr. Czech vorwirft, daß er als Minister nicht die Voraussetzungen für die Herabsetzung der Dienstzeit getroffen habe, und andere unserer Genossen seine Rede zutreffend als die eines Ministerkandidaten bezeichnen, wird Herr Ströbner ausfällig und erklärt, die deutschen Sozialdemokraten hätten im alten Oesterreich sich auch für die Rüstungen eingesetzt. Auf die erregten Zwischenrufe des Genossen Dr. Czech, er möge doch nur einen einzigen derartigen Fall anführen, muß er allerdings den Rückzug antreten. So recht poetisch wird der Herr Exminister erst, als er in den schwärzesten Farben die Gefahren der politischen Propaganda in den Kasernen ausmalt und — bis auf die Offiziere — gegen den Wahlrechtsraub nichts einzuwenden hat. Bezeichnend für diesen „oppositionellen Sozialisten“ ist es, daß die Mehrheit an mehreren Stellen seiner Rede ihm Beifall klatscht, was Streibich zu der Bemerkung Anlaß gibt, daß seine Rede die bekannten Vermutungen Alojaš's bestätige!

Nach dem Kommunisten Major tritt endlich ein deutscher Landbändler, Herr Zierhut auf, um namens aller deutschen Regierungsparteien eine Erklärung abzugeben. Nach der üblichen phrasenhaften Einleitung erklärte er die Bereitwilligkeit, dem Staate alles zu geben, was er zu seiner ruhigen und friedlichen Entwicklung bedürfe. Auch die Wehrvorlagen sollen diesem Zwecke dienen; sie beinhalten keineswegs irgendwelche Angriffsabsichten gegen einen Nachbarn, sondern seien nur zur Verteidigung bestimmt. Bezüglich Deutschland erklärt er bloß, es sei ihre selbstverständliche Voraussetzung, daß durch die Vorlagen das freundschaftliche Verhältnis zu Deutschland nicht berührt werden dürfe. Namentlich bei der nun folgenden Begründung ihrer Stellungnahme zu den Vorlagen im einzelnen wird er unaufhörlich von unseren Abgeordneten mit Zwischenrufen unterbrochen, die ihm das Konzept arg verderben.

Das Interesse an der Debatte nimmt dann rasch ab und die folgenden Redner sprechen so ziemlich vor leeren Bänken. Der tschechische Nationalsozialist Bergmann beschäftigt sich hauptsächlich

Soldatenwahlrecht, Erneuerung des Prügelpatents und Einschränkung des deutschen Arbeitsplatzes als Gleiches unter Gleichen mit den Vertretern der tschechischen Bourgeoisie zu stimmen, zum Ausdruck kommt. Durch öftere Wiederholung der aktivistischen Verheißungen von dem Ausbruch der nationalen Gleichberechtigung als Folge der aktivistischen Demut und Annehmlichkeit wird der Glaube an sie nicht im mindesten gestärkt. Wenn Zierhut davon spricht, der Aktivismus folge eben auch bei den Militärvorlagen der Absicht, die geschichtliche nationale Auseinandersetzung in „vernünftige Bahnen“ zu lenken, so wird man den deutschen Volksangehörigen mit der Laterne suchen müssen, der die Stärkung des tschechischen Militarismus und Imperialismus als Voraussetzung dieser Einlenkung in vernünftige Bahnen erkennen wird. Ganz den alten, nunmehr ungeschönten schwarz-gelben Stiefelwischpatriotismus, amert es, wenn Zierhut sagt, die deutschen Regierungsparteien seien bereit, dem Staate die Militärvorlagen zu geben, weil er sie zu seiner ruhigen Entwicklung braucht, wobei er ausdrücklich feststellt, daß „auch die derzeit in Verhandlung stehenden Wehrvorlagen diesem Zwecke dienen“. So haben sich auch die alten Kommunisten, die im alten Oesterreich als Landesverteidigungsminister fungierten, gerühmt und gepöhl, und man muß gestehen, daß die Deutschbürgerlichen seither weder etwas dazu gelernt, noch etwas vergessen haben. Die hohle Phrase von der durch eine starke, schlagfertige Armee gesicherter „friedlicher Entwicklung“, und die Behauptung, die wohlgerüstete Armee sei durchaus kein Instrument zur Bedrohung des Friedens, hat man oft genug

gehört, bis eines Tages der Krieg mit Serbien da war, der die Welt in Brand setzte. Nun ist nur die deutschbürgerliche Sorge um die friedliche Entwicklung des tschechischen Imperialismus.

Am grotesksten aber wirkt, wenn der Herr Abgeordnete Zierhut sich namens der drei deutschen Parteien auch bei dieser Gelegenheit auf das Wort der deutschen Bevölkerung bei den letzten Parlamentswahlen beruft und behauptet, die Mehrheit des tschechischen Staates habe ihrem Willen zur positiven Mitarbeit am Staate Ausdruck gegeben. So hat sich der deutsche Gewerbetreibende, der Landwirt und der Mittelständler, so haben sich aber am allerwenigsten die proletarischen Wähler, welche diesen Parteien verblendet ihre Stimme gaben, den Aktivismus jedenfalls nicht vorgestellt, wie er von den Regierungsbürokraten praktiziert wird, wofür man alle früheren Reden und Wahlaufrufe der aktivistischen Parteien als Zeugen führen könnte!

Der Versuch Zierhuts, die Militärromantik der Regierungsbürokraten populär zu machen, ist ein mißlungener. Sie haben eine Tat geleistet, die dem deutschen Volke unübersehbaren Schaden stiftet wird. Am allerwenigsten werden die Begünstigten, welche sie bei der Schaffung der Ersatzreserve für eine Anzahl reicher Bauern- und Bürgeröhne herausgeschlagen, darüber hinwegtäuschen können. Das Werk ist vollbracht, die Erinnerung an seine Urheber und Mitbester wird und darf aus dem Gedächtnis niemals schwinden!

lich mit den unerfreulichen Verhältnissen bei der Gendarmerie; eine Begründung für den Wahlrechtsraub der Gendarmen gegenüber gäbe es überhaupt nicht. Es sei direkt eine Verleumdung und Erniedrigung, den Verteidigern des Vaterlandes die bürgerlichen Rechte zu nehmen.

Der Agrarier Dr. Halla sucht vergeblich in gewundenen Ausführungen nachzuweisen, daß der Wahlrechtsraub an den Soldaten keine Verfassungsänderung darstelle, während Muna (Stom.) gegen den jüngsten Erlass des Verteidigungsministeriums protestiert, daß die Presse über militärische Verschiebungen, Verteidigungseinrichtungen, Mobilisierungsvorkehrungen usw. nicht berichten dürfe. David (tsch. Nat. Soz.) erklärt, daß der ablehnende Standpunkt seiner Partei an den Vorlagen nicht bedeute, daß sie ihren politischen Standpunkt zur Armee überhaupt geändert habe.

Der Ungarischnationaler Koczor befaßt sich mit den Äußerungen Späček's, soweit sie gegen Ungarn gerichtet waren, und verlangt eine Friedenspolitik gegenüber Ungarn. Der Kommunist Stern endlich schließt die ganze Debatte mit einer Sympathieumgebung für das revolutionäre China.

Gegen 8 Uhr abends ist die Debatte beendet und es beginnen die Abstimmungsformalitäten. Nach Verlesung der eingebrachten Änderungsanträge halten die einzelnen Referenten ihr Schlusswort.

Inzwischen hat die Glocke die Abgeordneten in den Sitzungssaal gerufen, der das Bild einer großen Abstimmung zeigt: volle Befetzung, die Abgeordneten stehen zum großen Teil dicht gedrängt vor der Ministerbank; auch auf der Journalistentribüne drängt sich Kopf an Kopf. Auf den tschechischen Bänken liegen große Pakete, die einen Protest der tschechischen Minderheiten gegen die Aufhebung des Soldatenwahlrechts enthalten. Nervosität macht sich überall bemerkbar und schon bei den ersten Worten des Ministerpräsidenten Mlýllec, der konstatieren kann, daß seine Vorlage über das Disziplinarstrafrecht ziemlich ungeschoren blieb, gibt es zahlreiche Zwischenrufe und Geschreie.

Der Referent Stralík kommt gleich nach seinen einleitenden Worten, in denen er über das Soldatenwahlrecht spricht, mit den tschechischen Sozialdemokraten und den Kommunisten in einen argen Konflikt; namentlich die tschechischen Sozialdemokraten halten ihm die Verfassungswidrigkeit der Vorlage in heftigen Zwischenrufen vor und Muna erhebt schreiend die Faust gegen ihn.

Das größte Interesse wendet sich dem folgenden Referat

### Späček

zu, der seine Ausfälle gegen Deutschland irgendwie entschuldigen soll. Er wird gleich mit Zurufen empfangen: Da ist der Deutschlandfeind! Bravo!

Zunächst kümmert er sich aber nicht darum, sondern referiert nur über die Vorlage. Genosse Dr. Czech ruft ihm deshalb zu: Was ist mit Deutschland?

Mißfällig macht ihm Zwischenrufe, der Lärm steigert sich; vergeblich sucht der Vorsitzende durch Läuten mit der Glocke die Ruhe wieder herzustellen. In dem Lärm gehen die Ausführungen zur Vorlage selbst fast unter. Endlich schaltet Späček eine Pause ein, in die Genosse Dr. Czech hineintrifft: „Wachtlan der Krieg mit Deutschland losgehen!“

Späček stärkt sich noch mit einem Schluck Wasser und läßt dann seine lang erwartete Erklärung über seine aggressiven Ansprüche gegen Deutschland vom Stapel. Die arge Enttäuschung bei den deutschen Regierungsparteien und ununterbrochene Proteste der Opposition hervorruft. Er bringt einfach die betreffende Stelle des stenographischen Protokolls zur Verlesung, aus der hervorgeht, daß er die Meinung, daß der Feind — „obwohl wir es nicht wünschen“, sich auf einmal da — nur aus Deutschland oder Ungarn kommen könne, nur auf die Verhältnisse unmittelbar nach dem Kriege angewendet habe, als man vor die Frage gestellt war, ob das Militärwesen oder das Maderwesen eingeführt werden solle. Kein Wort der Entschuldigungen, was neuen Lärm hervorruft und auch den Regierungsparteien mannde herbe Kritik zuzieht. Ja der Referent dreht noch den Spieß um und beschwert sich, daß man ihm unrecht getan habe!

Dann zitiert er lange Stellen aus dem Wahlbericht vom Jahre 1920, um zu zeigen, daß man damals über Deutschland nicht anders gedacht habe. (Genosse Dr. Czech: Das sind Antiquitäten, was Sie uns da vorlesen!) Einige tschechische Sozialdemokraten fragen Mlýllec: „Herr Minister, sind Sie zufrieden?“ Bei fall der Koalition, in den sich Enttäuschungen der Minderheit mischen, beendet diese Rede, auf die

man überflüssigerweise tagelang gespannt ge- wartet hat.

Dann beginnt die eigentliche

**Abstimmung.**

Der Lärm hört nicht auf; einzelne Abgeordnete trommeln nervös auf die Bänke und schon bei der Abstimmung über das militärische Disziplinarrecht kommt es bei jeder Abstimmung der Mehrheit zu neuen Kravallen, die sich steigern, als

**das Soldatenwahlrecht**

an die Reihe kommt. Frau Jemimova erhebt Einwendungen gegen die vom Vorsitzenden angekündigte Abstimmungsart und verlangt namens ihres Klubs die qualifizierte Dreifünftelmehrheit, da es sich um eine Verfassungsänderung handle. Auch Tomasek erklärt namens der tschechischen Sozialdemokraten, daß eine Verfassungsänderung vorliege, für die die Dreifünftelmehrheit vorgeschrieben sei. Er schließt seine Ausführungen unter dem Beifall der Opposition mit der Konstatierung, daß ein Bruch der Verfassung vorliege, wenn das Wahlrecht den Soldaten nur mit einfacher Mehrheit aberkannt würde.

Malypetr stellt sich unter Protesten der Mehrheit auf den Standpunkt, daß er über den Antrag Meißner, das Gesetz als Verfassungsgesetz zu erklären, abstimmen lassen werde; wenn dies abgelehnt werde, erfolge die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit.

Die Einwände der Frau Jemimova und Tomaseks werden hierauf von der Mehrheit überstimmt, was Anlaß zu einem

**minutienslangen Pulsdefekonzert**

gibt, das auf den Bänken unserer Genossen sowie der übrigen Opposition losgeht. Ein Kommunist schlägt mit einem Lineal auf das Puls, andere pfeifen und schreien auf den Vorsitzenden ein; verschobene Aktenstücke fliegen in der Luft herum. Es ist ein richtiger Abstimmungs-Flandal, in dem mehrermale abgestimmt wird, ohne daß man weiß, worüber. Die Kommunisten stimmen schließlich die Internationale an.

Nachher legt sich der Lärm etwas, steigert sich aber neuerlich, als in namentlicher Abstimmung mit nur 129 Stimmen gegen 116 der Antrag Meißner, das Gesetz als Verfassungsgesetz zu bezeichnen, abgelehnt wird. Schließlich wird der § 1 der Vorlage mit 138 Stimmen gegen 113 angenommen, ebenso die übrigen Paragrafen in einfacher Abstimmung nach Ablehnung aller Abänderungsanträge der Opposition.

Dann kommen die übrigen Vorlagen zur Abstimmung, wobei sich ähnliche Szenen in etwas schwächerem Maßstabe abspielen.

Alle Vorlagen werden im verkürzten Verfahren dann auch in zweiter Lesung angenommen. Von oppositionellen Anträgen findet lediglich ein Antrag Klein Gnade vor der Mehrheit, daß das Justizministergesetz nicht auf Kosten der Staatsangehörigen aus den Reihen der Kriegsinvaliden gehen dürfe. Um 110 Uhr abends war die bewegte Sitzung zu Ende.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag 2 Uhr nachmittags.

**Budgetauschuss.**

**Genosse Kaufmann protestiert gegen die Ausschaltung des Ausschusses.**

Prag, 30. März. Der Budgetauschuss des Abgeordnetenhauses besaß heute vormittags mit der Regierungsvorlage über Gebühren-erleichterungen bei Fusionen und ging dann in die Spezialdebatte über das zweite Kapitel der Steuerreform, die allgemeine Erwerbsteuer, ein. Genosse Kaufmann protestierte zu Beginn der Sitzung in scharfer Weise dagegen, daß der Ausschuss bei der Beratung der Vorlage derart übergangen wurde, und erklärte u. a.:

Wochenlang hat der Ausschuss nicht gelangt, obwohl die zur Verhandlung stehende Vorlage, die namentlich für die kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden von einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung ist, einer gewissenhaften und gründlichen Beratung und Prüfung bedürftig hätte. Unter Ausschaltung des Ausschusses hat ein Teil seiner Mitglieder, die der Koalition angehören, über wichtige Abänderungen beraten und sich inoffiziell auf solche geeinigt, ohne die oppositionellen Ausschussmitglieder davon in Kenntnis zu setzen.

Dieser Vorgang ist des Budgetauschusses unwürdig und macht jede Mitarbeit der Opposition unmöglich; er entspricht aber auch nicht den Verlautbarungen, die die deutschen Regierungsparteien noch vor wenigen Tagen an die Öffentlichkeit gelangen ließen.

Am 11. März hat die „Deutsche Presse“, das Zentralorgan der Altschlesier, in einem Artikel „Volkspartei und Verwaltungsreform“ geschrieben:

„Die Entschliessungen der deutschen Regierungsparteien zur Verwaltungsreform sind aber nicht nur von praktisch-politischer, sondern auch von prinzipiell-politischer Bedeutung. Sie bedeuten den Bruch mit der Vergangenheit der tschechisch-nationalistischen Koalition, mit dem ungeliebten System der ehemaligen Pösta und Sektla, welche hinter verschlossenen Türen verhandelt und in denen fünf oder sechs Männer bestimmten, was die Parteien, auch die eigenen, annehmen mußten. Wäre jenes System noch am Leben, die Entscheidung über die Verwaltungsreform würde anders ausfallen.“

Dieses System ist aber noch vorhanden, wie aus der Art der Behandlung der Steuerreform in diesem Ausschuss hervorgeht. Die meisten Mitglieder des Ausschusses haben erst durch die Zeitungen die innerhalb der Koalition vereinbarten Abänderungen erfahren, die noch dazu schlecht überfetzt sind, so daß man nur mit größter Vorsicht und mit Vorbehalt dazu Stellung nehmen kann.

Wir müssen es auf das schärfste beurteilen, daß ein Teil des Ausschusses sich herausnimmt, Abänderungen der Vorlage zu beschließen, ohne die Opposition zu verständigen,

und daß man nach einer wochenlangen unbegründeten Pause diese wichtigen Vorlagen im Eilzugtempo erledigt werden sollen.

Der Berichterstatter Bekárel erklärte, der Grundfehler der bisherigen Erwerbsteuer sei die Inflation der Zuschläge gewesen, die man abschaffen mußte. Wenn man heute die Produktion unterstützen müsse, so mache man nur die Sünden der früheren Jahre gut. Der Referent erklärt weiter, daß die ursprüngliche Vorlage die Arbeit des Unternehmers nicht genügend würdige, und stellte in dieser Richtung eine Reihe von Ab-

änderungsanträgen. § 46 wird grundlegend dahin geändert, daß ein Unternehmen, auch wenn es einige Betriebsstätten umfaßt, als selbständig wirtschaftliche Einheit nach einem Einheitsstarif besteuert wird.

In der Debatte verlangt Kreibitz eine Unterscheidung des Einkommens darnach, ob es aus eigener oder fremder Arbeit stammt; letzteres müsse jedenfalls höher besteuert werden. Es könnte dadurch das ganze Steuersystem wesentlich vereinfacht und nur auf der Einkommensteuer aufgebaut werden.

Reißner (sich. Soz. Dem.) erklärt, daß seine Partei nicht gewillt sei, nach dem Wunsche der koalitierten Parteien das Recht zur genauen Prüfung der Vorlage aufzugeben und die Vorlage selbst in wenigen Tagen zu erledigen. Die Regierungsvorlage wurde von den Mehrheitsparteien durchgreifend geändert; um die Gerechtigkeit oder Unberechtigung der Erwerbsteuer zu beurteilen, müsse man vorher wissen, wie die Grundsteuer geregelt wird. Das wissen vielleicht die koalitierten Parteien, aber nicht der Ausschuss offiziell. Man kann aber nicht vergleichen, wenn man nicht weiß, wie die anderen Steuern ausfallen werden. Die Einkommensteuer ist stark progressiv, die Erwerbsteuer dagegen nicht. Weiters erfährt sie nur einen Teil aller Unternehmungen, und nimmt nicht genügend Rücksicht darauf, ob es um einen Arbeits- oder um einen Kapitalertrag geht. Es besteht zwar eine gewisse Progression, da die Steuer unter 30.000 K ein halbes Prozent und über 30.000 K 2 1/2 Prozent beträgt, doch ist dies zu wenig. Die Progression müßte ähnlich wie bei der Einkommensteuer eingeführt werden.

Darauf wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für morgen 9 Uhr vormittags angefahrt.

**Soldatenwahlrecht und Verfassung**

Die christlichsoziale „Deutsche Presse“ bemüht sich in einer Notiz vom 25. d. M. die verfassungsrechtlichen Bedenken, die gegen den Raub des Soldatenwahlrechtes erhoben worden sind, zu entkräften. Eine große geistige Anstrengung darf man von diesem Blatte nicht erwarten; es bezieht sich denn auch damit, auf den § 2 der Wahlordnung zu verweisen, der diejenigen Personen, die von der Eintragung in die Wählerlisten ausgeschlossen sind, auch vom Wahlrechte ausschließt. Es handle sich also nicht um eine Änderung der Verfassung, ja nicht einmal um eine Änderung der Wahlordnung, sondern nur um eine Abänderung des Gesetzes über die ständigen Wählerverzeichnisse in der Richtung, daß die Soldaten in diese Verzeichnisse nicht mehr aufgenommen werden. Dieses Gesetz sei aber kein Verfassungsgesetz und seine Abänderung sei keine Verfassungsänderung. Wäre die Argumentation richtig, dann könnte man natürlich ganz nach Willkür bestimmte Personenkategorien von der Eintragung in die Wählerverzeichnisse ausschließen. Die Allgemeinheit des Wahlrechtes ungeschont durchlöchern, ohne einen Verfassungsbruch zu begehen. Darin liegt ja auch, noch weit über die Entrechtung der Soldaten hinaus, die besondere Bosartigkeit und Gefährlichkeit des Gesetzentwurfes über die „Regelung“ des Wahlrechtes der Wehrpersonen. Es ist der erste Schritt auf einem Wege, dessen Ziel gar nicht abzusehen ist und der auch mit der formalen Demokratie, deren wir uns hierzu und noch erstreuen, Schluß machen will. Es kann aber gar kein Zweifel sein, daß dieses Beginnen verfassungswidrig ist. Die ständigen Wählerverzeichnisse sind doch nur ein technischer Behelf des Wahlaktes, die Eintragung in die Wählerlisten stellt nur die Tatsache der Wahlberechtigung fest, aber sie ver-

leiht das Wahlrecht nicht. Das Wählerverzeichnis notwendig sind, um die Wahlhandlung überhaupt möglich zu machen, wird bei der großen Anzahl der Wähler niemand bestreiten, aber ebenso klar ist es, daß ein Gesetz, das nur einen Teil des technischen Vorganges bei der Wahl regelt, keine Einschränkung des Wahlrechtes beinhalten darf. In dieser Hinsicht ist schon die auch sachlich verwerfliche Schaffensbestimmung recht bedenklich, aber sonnenklar ist wohl, daß das Gesetz über die Wählerlisten nichts enthalten darf, was mit ausdrücklichen Verfassungsbestimmungen in Widerspruch steht. Nun bestimmt der § 9 der Verfassung, daß alle Staatsbürger, die das 21. Lebensjahr überschritten haben, wahlberechtigt sind, wie kann also ein einfaches Gesetz den Staatsbürgern in Uniform das Wahlrecht nehmen? Freilich enthält der § 9 die sehr gefährliche Bestimmung, daß die Wahlberechtigten auch „den übrigen Bedingungen der Wahlordnung entsprechen“ müssen, und in dieser hinterhältigen Klausel, deren die tschechisch-nationalistische Verfassung leider mehr hat, suchen die tschechischen Mehrheitsparteien die eigentliche Ausrede gegen den Vorwurf des Verfassungsbruches. (Die Intelligenz der „Deutschen Presse“ hat zur Anwendung dieses Argumentes nicht hingereicht.) Aber für eine gewissenhafte und nicht rabulistische Auslegung der Verfassung steht wohl fest, daß auch die „übrigen Bestimmungen“ nur technische Einzelheiten betreffen dürfen und es keine § 9. d. V. die Schaffensbestimmung! damit zur Not entschuldigen. Aber wenn dieser Nachsatz von den übrigen Bedingungen einen Rechtsgrund zur Ausschließung gauer „Kavallerie“ bedeute, dann würde er ja den Vorbehalt, wonach allen Staatsbürgern das Wahlrecht zukommt, aufheben, der § 9 der Verfassungsurkunde würde einen Widerspruch in sich selbst enthalten. Schließlich ist ja auch noch der § 2 der Verfassung da, der ausdrücklich bestimmt, daß das Abgeordnetenhaus nach dem allgemeinen, direkten und geheimen Stimmrecht gewählt werden muß. Das Stimmrecht ist aber nicht mehr allgemein, wenn die Soldaten davon ausgeschlossen sind. Was hier vom Wahlrechte für das Abgeordnetenhaus gesagt ist, gilt nach §§ 13 und 14 genau so auch für den Senat. Es ist also wohl richtig, daß das Gesetz über das Soldatenwahlrecht formell nur ein einfaches Gesetz, jenes über die ständigen Wählerverzeichnisse, abändert, da es aber den Bestimmungen der §§ 8, 9, 13, 14 und schließlich dem § 106 der Verfassung widerspricht, weil es die Wahlberechtigung, ist es nach der Vorschrift des Artikels I des Einführungsgesetzes zur Verfassungsurkunde verfassungswidrig. Die Regierungsparteien hören uns, daß wir uns in Sünden der Verfassung anmaßen, aber der Hohn fällt auf sie zurück. Denn als Regierungsparteien sind sie vor allem hienieden, die Verfassung zu wahren. Pak auf das Drauf der Partei des Herrn Aufsichtsrates eine verfassungswidrige Entziehung der Wahlberechtigung um jeden Preis zu verordnen heißt, ist eine ganz besondere Schande, die der „Deutschen Presse“ nicht verzeihen werden soll.

**Der provisorische Wählerklub.**

Der landwirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses setzte am 30. März, die in der letzten Sitzung unter etwas eigenartigen Verhältnissen abgebrochene Beratung über die Regierungsvorlage betreffend den provisorischen Wählerklub fort. Die nun vorliegenden Ergänzungsanträge verbessern die Vorlage in manchen Punkten, ändern aber den einseitigen Charakter derselben nicht. Abgeordneter Genosse Schwachbart hob das hervor und wandte sich wiederholt gegen die Ermächtigungsbestimmungen des Gesetzes. Das be-

**Die grinsende Frage.**

Roman von Victor Hugo.

17 Aus dem Französischen überfetzt von Eva Schumann.

Seine Stimme wurde laut, kein Schritt bewegte sich, keine Kerze flammte auf.

Es dachte, daß auch hier niemand aufwachen wollte; im Steinhaus wie in der Strohhütte die gleichen tauben Ohren für das Gerede.

Der Junge entschloß sich, weiterzuwandern; er ging den Weg hinein, der sich eng zwischen Häusern vor ihm aufat und so dunkel war, daß er eher dem Abstand zwischen zwei Müstenseilen gleich als dem Zugang zu einer Stadt.

Er war nach Weymouth gekommen.

Ein Wirrwarr von wurmstichigen Holzbauten und schiefen, überhängenden Giebeln, von denen eine sich auf die andere stützte, um vom Meereswind nicht umgeblasen zu werden; zwischen ihnen bildeten schmale Gänge ein gewundenes, ungeschickt geführtes Straßennetz — Gassen und Plätze, die oft von den Herbst- und Frühjahrsfluten überflutet wurden; alte Häuser, die sich wie Großmutter um eine Kränze, die Kirche, scharten — das war Weymouth. Er war arm-selig.

Das verirrte Kind mit dem Fingerring in den Armen ging die erste Straße hinauf, dann die zweite, die dritte. Nach einem erbellen Fenster lachend, blickte es zu den Stockwerken und Dächern empor, aber alles war verschlossen und dunkel. Ab und zu klopfte es an eine Tür. Niemand regte sich. Nichts macht die Herzen so steinern, als warm in den Betten zu liegen.

Der Junge ging über eine Brücke, die zu jener Zeit ein überdakter Holzweg war. Unter dem Brückendach lag kein Schnee, und einen

Augenblick lang verspürten seine nackten Füße ein wogiges Beben auf den trockenen Brettern.

Nachdem er die Brücke überschritten hatte, befand er sich in Welcomb-Regis.

In Welcomb-Regis wie in Weymouth rührte sich kein Mensch.

Das Kind empfand die Kälte der Menschen noch schmerzlicher als die Kälte der Nacht. Das ist hebschichtigste Kälte. Es fühlte sich so nutzlos und bedrückt, wie es sich in der Einsamkeit nicht gefühlt hatte. Jetzt war es in das Leben der Menschen zurückgelehrt, und es blieb einsam. Das war ein Hebermah an Elend. Die mitleidlose Zahnebürste hatte es begriffen; aber eine unerlöbliche Stadt, das war zu viel.

Er ging nicht mehr, er schleppte sich vorwärts. Kreuz und quer lief das Kind in den Gassen umher und gelangte schließlich auf einen ziemlich großen freien Platz. Es war offenes Land, nur wenig bebaut; die Häuser hielten hier auf. Zur Rechten sah es das Meer, zur Linken beinahe nichts mehr von der Stadt.

Nächtlich hörte es ein drohendes Knurren.

Ein unbestimmtes, seltsames und beunruhigendes Zähneknirschen drang aus dem Dunkel zu ihm hin.

Es war zum Fürchten. Er ging darauf zu.

Wo Schweigen Entsetzen hervorruft, ist wütendes Knurren ein willkommenes Geräusch.

Es lag um eine Ecke und beim Widerschein von Schnee und Meer sah es etwas, das da Schutz gesucht hatte — einen Wagen, wenn es nicht gar eine Hütte war. Es hatte Räder, es war ein Wagen; es hatte ein Dach, es war ein Haus, lieber das Dach ragte ein Eisenrohr, und aus dem Rohr kam Rauch. Dieser Rauch, glühend rot, verriet, daß drinnen ein gutes Feuer brannte. An der hinteren Seite ließen vorkragende Türangeln auf eine Tür schließen; durch eine vier-eckige Oeffnung in der Tür drang der Lichtschein aus der Hütte. Das Kind trat näher.

Was geknurr hatte, spürte es kommen. Als es nahe an den Wagen herantrat, wurde das drohende Knurren zum wütenden Heulen. Es hörte ein kurzes Geräusch, als würde eine Kette heftig angezogen, und plötzlich erschienen unter der Tür zwischen den beiden Hinterrädern zwei Reihen spitzer weißer Zähne.

Zur gleichen Zeit hob sich ein Kopf durch das Guckloch.

„Ruhe da unten!“ sagte der Kopf.

Die Schnauze schwieg.

Der Kopf fuhr fort:

„Ist da jemand?“

„Ja.“

„Wer denn?“

„Ich.“

„Du? Wer bist denn das? Wo kommst du denn her?“

„Ich bin müde.“, sagte das Kind.

„Wie spät ist es denn?“

„Ich friere.“

„Was machst du denn da?“

„Ich habe Hunger.“

Der Kopf erwiderte: „Nicht jeder kann es so gut haben wie ein Lord. Mach, daß du fortkommst.“

Der Kopf zog sich zurück und das Guckloch wurde geschlossen.

Das Kind senkte den Kopf, schloß die Kleine fester in die Arme und nahm alle Kraft zusammen, um seinen Weg fortzusetzen. Es machte ein paar Schritte von dem Wagen weg.

Doch im gleichen Augenblick, als das Guckloch sich geschlossen hatte, war die Tür aufgegangen. Ein Triebrett wurde heruntergelassen. Die Stimme, welche eben mit dem Kind geredet hatte, rief jäh aus der Hütte heraus:

„Na, warum kommst du denn nicht herein?“

Das Kind drehte sich um.

„So komm doch herein“, sagte die Stimme noch einmal. „Was ist mir denn das für ein

Taugenichts, den es hungert und friert und der nicht mal hereinkommen will!“

Das Kind, zurückgestoßen und zugleich angezogen, blieb unbeweglich draußen stehen.

Wieder sagte die Stimme:

„Hereinkommen sollst du, Schlingel!“

Da entschloß es sich und setzte den Fuß auf die erste Stufe der Leiter.

Aber unter dem Wagen knurrte es.

„Still da!“ rief die Männerstimme.

Die Schnauze verzog sich, das Knurren hörte auf.

„Komm herauf“, sagte der Mann noch einmal. Mühsam kletterte das Kind die drei Stufen hinauf. Es war behindert durch das andre Kind, das jedoch in seinen Matrosenrod so eingehüllt und eingewickelt war, daß man nichts von ihm sehen konnte — nur ein unförmiges kleines Paket.

Es stieg die drei Stufen hinauf und blieb an der Schwelle stehen.

In der Hütte brannte keine Kerze, aus Sparflamme und Rot wahrscheinlich. Das Gaus war nur von dem rötlichen Schein des flackernden Torfbeckens erleuchtet, das durch die Tür eines eisernen Ofens schimmerte. Auf dem Ofen dampfte ein Kopf und ein Topf, die wahrscheinlich etwas zu essen enthielten; es duftete verlockend.

Die Wohnung war möbliert mit einer Kiste, einem Schemel und einer Laterne, die von der Decke herabhängt und jetzt nicht angezündet war. An den Quertwänden ein paar Bretter auf hölzernen Stützen und ein wahrer Trödelkasten von allerhand bunt durcheinandergewürfelten Dingen. Da waren gläserne und kupferne Gefäße, ein Dreifuß, Vorlagen und eine Menge seltsamer Gegenstände, wie sie das Kind nie gesehen hatte — das Küchengerät eines Alchimisten.

Die Hütte war kahl, der Ofen stand am vorderen Ende. Es war nicht einmal ein kleines Zimmer, es war kaum eine große Schachtel.

(Fortsetzung folgt.)



# Tages-Neuigkeiten.

## Neue Instruktionen für Rekruten-Offiziere.

### Chrenrettung der Deutschen.

Wie wir erfahren, wird den deutschen Offizieren auf ihren Einspruch gegen die deutschfeindliche Propaganda für Rekrutenschulen volle Genehmigung erteilt werden. Die Staatsdruckerei stellt eben ein Ergänzungsblatt zu der Nr. 3 her, das allen Exemplaren des Wertes beigelegt, den Feldweibel außerdem ad personam zugestellt werden soll. Es heißt dort:

Die in den verschiedenen Kapiteln dieses Buches ausgesprochenen Ansichten über die deutschen Nationalcharakteristika sind vor allem nach folgenden Gesichtspunkten zu revidieren: Die Deutschen sind keineswegs das kriegerischste und eroberungsfüchtigste Volk Europas. Durch eine tausend Jahre währende Synthese mit den Slawen, vor allem aber durch die mit dem Regierungseintritt des Herrn von Bismarck geschaffene bessere Atmosphäre haben sie ihre Charaktereigenschaften gründlich geändert. Sie sind jedem Kampf abgeneigt, huldigen der christlichen Moral, die rechte Wage hinzubringen, wenn sie Sachsa auf die linke geschlagen hat, fressen aus der Hand, wagen kaum ein Wort, wenn sie gescholten werden und sind durchaus verwendbare Untertanen geworden. Von dem Willen zur Macht ist nur ein leiser Appetit übrig geblieben, der mit Kohleneinfuhrscheinen leicht zu stillen ist. Die Völkererziehungsgelüste der deutschen Nation sind bis auf den Anspruch einiger christlichsozialer Großgrundbesitzer auf beschlagnahmte Wälder und Grundstücke eingeschränkt. Von der Philosophie Friedrich Nietzsches und ähnlicher Pangermanisten haben sich die Deutschen der gehendsten Philosophie der Saager „Heimat“ zugewandt, die als obersten sittlichen Grundfay das Knödelessen aufstellt. Da die deutschen Missionen auch den Milliardenfonds für Kämpfer, die 18monatige Dienstzeit und andere Militärausgaben bewilligt haben, muß auch festgestellt werden, daß sie ihren früheren militärischen Geist vollständig abgestreift haben und überhaupt die reinsten Landkrieger geworden sind.

Diese Erklärung wird am 1. April ausgeben werden. Zur Demonstration der Gegenseite im deutschen Nationalcharakter wird dem Blide Bismarcks das des Justizministers von Harting gegenübergestellt werden.

## Au dem Flugfelde der Ehre!

### Militärischer-Anflug in Olmütz.

Am 30. März, heute um 9 Uhr vormittags nahm der Pilot-Korporal Narcis Talsky auf dem Olmüzer Flugplatz an einem Gruppenflug in einem dreisitzigen Schwarm auf dem Verfolgungsflugzeuge S 20 teil. Im Verlaufe des Gruppenfluges wurde auch ein Angriff auf den Flugplatz, ein sogenanntes Biquet, durchgeführt, wobei plötzlich nach Auslösen von Feuer Rippenstücke aus den Flügeln des Flugzeuges fielen, in welchem Talsky saß. Bald darauf kurzte das Flugzeug in einer Spirale auf die Erde und grub sich, etwa zwei Meter von dem Gebäude des Flugplatzkommandos entfernt, in die Erde ein. Das Flugzeug wurde vollkommen zerrümmert. Talsky erlitt so schwere Verletzungen (Rückenbrüche und Gehirnerschütterung), daß daran gezweifelt wird, ob er am Leben erhalten bleiben wird. Eine Kommission des 2. Jägerregimentes begab sich sofort auf den Flugplatz, um die Ursache des Unglücks festzustellen. Man glaubt, daß durch den bei dem Biquet entstandenen gewaltigen Luftdruck die Leitwand des Flügels des Apparates aufgerissen und der Flügel eben infolge des Luftdruckes zerrümmert wurde.

Paris, 30. März. Nach einer Agenturmeldung aus Straßburg ist ein Militärflugzeug in der Nähe von Grafenbrunn an niedriger Höhe abgestürzt und in das Stachelradverhau des Fort „Ulrich“ gefallen. Der Apparat ist zerstört, der Führer getötet.

## Deutsche Presse notiert 18.00!

### Ein Leser, der sich's was kosten läßt.

In festlicher Aufmachung erscheint in der „Deutschen Presse“ der Brief eines gottesfürchtigen Mannes, der sich g'schamig nur Dir, H. M. nennt und der „Deutschen Presse“ ein Loblied singt, daß man glauben könnte, er sei nicht einer ihrer treuen Leser, sondern habe das Blatt nie zu Gesicht bekommen. Nach einer naiven Einleitung, in der er besonders betont, daß die Herstellungslosheit des Blattes von den Bezählern gedeckt werden müssen (was sich die „Deutsche Presse“ hoffentlich ebenso zu Herzen nimmt), wie die Knödel-Wige, erklärt der wackere Kongruist:

„Nun wurde der Preis auf 15 Kr erhöht. Daß dies geschah, ist eine Selbstverständlichkeit. Da wir aber die Presse mehr wert ist als 15 Kr, da sie mir in den besten Momenten wert ist wie jedes andere Prager Blatt, erhöhe ich freiwillig den Bezugspreis für mich auf 18 Kr und wünsche der „Deutschen Presse“ weiterhin eine glückliche, erfolgreiche Zukunft.“

Wahrscheinlich das Blatt muß an großen Opfergaben gewohnt sein, daß es so marktschreierisch darauf hinweist, daß einer seiner Leser den geforderten Preis um ganze drei Kronen überzahlt! Ausgerechnet drei Kronen ist dem fogenhaften Herrn

# Die Untersuchungskommission begraben.

London, 30. März. Die Beratungen betreffs Albanien reifen nach Ansicht hiesiger informierter Kreise zu einer vollkommenen Uebereinstimmung sämtlicher beteiligten Faktoren dahin, daß die vorgelegene Untersuchung der Angelegenheit nutzlos wäre und daß eine Regelung sämtlicher Streitfragen nur durch direkte Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad erzielt werden könne, wozu sowohl die italienische als auch die jugoslawische Regierung ihre Bereitwilligkeit kundgegeben haben. Nichtsdestoweniger soll die jugoslawische Regierung darauf drängen, dem Völkerbunde eine gewisse Kontrolle einzuräumen, welche die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Albanien garantieren würde.

Nach einer Meldung der „Times“ wurde in Londoner maßgebenden Kreisen betont, daß die Einleitung direkter Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad für Südslawien annehmbarer wäre, wenn Italien auf irgend eine Weise erklären würde, daß der Vertrag von Tirana nicht notwendig eine militärische Unterstützung seitens Italiens zugunsten irgendwelcher bestimmter albanischer Persönlichkeiten oder einer albanischen Partei zur Folge habe. Freilich muß der Standpunkt Italiens zu dieser Angelegenheit erst abgemartet werden. Bisher ist es demnach sicher, daß

Maßnahmen größeren Umfangs, die auf eine Beilegung dieser Frage abzielen, nicht in Erwägung gezogen werden, ausgenommen den Fall, daß die direkten Verhandlungen zwischen Italien und Südslawien keinen Erfolg hätten, und das ist, fügt das Blatt hinzu, nicht wahrscheinlich.

Paris, 30. März (Havas). Laut „Petit Journal“ waren direkte Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien auf der Grundlage einer italienischen Interpretation des Tirana-Vertrages und vorbehaltlich des Versprechens Südslawiens, den Vertrag von Nettuno zu ratifizieren, in Aussicht genommen. Dieser Vorschlag sei aber, wie das Blatt weiter erzählt, gescheitert und statt dessen von London die Betrauung von Zivilpersonen mit der Enquete vorgezogen worden. Die „Main“ zu berichten weiß, sollen dieser Untersuchungskommission militärische Sachverständige zugeordnet und sie selbst ein ständiges Aufsichtsorgan werden. Frankreich und England sollen direkten Verhandlungen günstig gesinnt sein und auch Italien dürfte zustimmen, daß Vorteile für seine Landsleute in Slawonien als Kompensation für die Milderung einiger Artikel des Vertrages von Tirana zu erlangen hofft.

## Christlichsoziale Bank'untionäre verurteilt.

Wien, 30. März. (Eigenbericht.) Nach zweitägiger Verhandlung wurde heute ein Prozeß gegen fraktionäre der christlichsozialen Nordböhmer-österreichischen Bank wegen selbstverschuldeten Krida beendet. Der Vizepräsident der Bank, der christlichsoziale ehemalige holländische Generalkonsul von Rohen, ein Dufreund des Generalkommissars Zimmerman, wurde wegen fahrlässiger Krida zu vier Wochen Arrest verurteilt. Er hatte durch seine Bekanntschaft mit Zimmerman das Verfahren durch zweieinhalb Jahre hinausgezogen verstanden. Der mitangeklagte ehemalige Landesverteidigungsminister Czapp wurde freigesprochen, obgleich das Gericht erklärte, es habe den Eindruck gehabt, daß er von der Passivität des Unternehmens gewußt habe; nur

Direktor S. M. die „Deutsche Presse“ mehr wert als sie selbst sich einschätzt. Nun ist es ja begreiflich, daß die Sauerarbeit einer Verteidigung des Aktivismus mehr wert ist als 15 Kronen im Monat, ja daß während des Kampfes um die Verwaltungsreform schwerlich sehr viele Deutsche in diesem Staate zu bewegen wären, für einen weit höheren Betrag die „Deutsche Presse“ zu schreiben. Die es doch tun, wobei die schwere Arbeit, noch das Gewerbe überhaupt schonen, verdienen eine besondere Vergütung, die mit drei Kronen zweifellos nicht zu niedrig bewertet wurde.

Der Mann scheint also ein soziales Herz zu haben, dessen Mitleiden sich mit Recht den Redakteuren der „Deutschen Presse“ zuwendet, die verurteilt sind, die Politik Wahr-Hartings zu rechtfertigen. Andererseits hat man bisher zwar gehört, daß die allergrößten Mälder ihre Wegher selber wählen, nicht aber, daß die Opfer den Schächer oder Henker auch selbst honorieren, ja daß sie ihm für eine besonders radikale Durchführung der Abschachtung noch ein Draufgeld geben.

Mit anderen Worten: Wenn für die Verteidigung der Verwaltungsreform 15 K monatlich verlangt werden, so ist das sicher ein billiger Preis, da man die Leute suchen muß, die um dieses Geld eine so verurteilte Arbeit verrichten. Wenn aber ein Opfer der christlichsozialen Politik deren Verteidiger noch mit einem Sonderhonorar von drei Kronen bedankt, so ist das eine krankhafte Erscheinung, die wahrscheinlich auch deshalb von der „Deutschen Presse“ in so auffälliger Weise berichtet wird. Daß jemandem die aktive politische Politik drei Kronen wert ist, sollte man wirklich in alle Rinden schneiden.

Doch da fällt uns auf, daß der S. M. nur vom vergrößerten Umfang der „Deutschen Presse“ spricht. Der Inhalt scheint keine Rolle zu spielen. Damit löst sich das psychologische Rätsel. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Abonnenten, der die Zeitung nur als Pappapapier benötigt oder zu gewissen anderen Zwecken. Ist dem so, dann wäre die freiwillige Ueberzahlung leicht zu verstehen. Denn jeder wird den Genuß ermaßen können, den der empfindet, der die begeisterte Verteidigung der kerisfalen Politik täglich jener Würdigung unterziehen kann, die ihr allein angemessen ist. Kein Zweifel! Die „Deutsche Presse“ notiert nur deshalb drei Kronen über dem Nominalkurs, weil sich das mit Aktivismus bedruckte Papier seiner delikaten Verwendungsmöglichkeiten wegen besonderer Verifizierung erfreut!

Schon wieder eine Hochverratsaffäre. Wie die „Edoné Robiny“ berichten, wurden in Kaschau mehrere Personen verhaftet, und zwar der Wachmeister der städtischen Postzeit in Kaschau, Josef Maggar, der Monteurmeister Josef Birnhi, der Kaufmann Andre Cernial, und die Gemüschhändlerin Rosa Kovács. Alle stehen im Verdacht, fremde Nachrichten (oder nur Gemüße?) übermitteln zu haben. Die geführte Untersuchung ergab noch, wie das genannte Blatt schreibt, Verdachtsmomente gegen den Bahngangestellten Emil Kovács und einige andere Personen, deren Namen nicht angegeben sind. Auch in Karpathoruthland wurden

haben das Beweisverfahren die Gewißheit darüber nicht erbracht.

## Die Lage in Shanghai.

### Die chinesische Gemeindevverwaltung amtiert schon.

London, 30. März. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Shanghai: Gestern nachmittag hielten die Nationalisten die Eröffnungszereemonie der örtlichen Gemeindevverwaltung ab. Nach Meldungen chinesischer Blätter war General Tschanglatschiel anwesend. Er schlug vor, angesichts der gegenwärtigen gespannten Lage die Zereemonie aufzuschieben. Die Politiker gingen aber auf seine Ausführungen nicht ein. Die bewaffneten nationalistischen Streitkräfte haben begonnen, alle Ausländer, die das Gebiet der Chinesenstadt betreten, auf Waffenbesitz zu untersuchen.

einige Personen aus ähnlichen Verdachtsgründen verhaftet. Einige der Verhafteten sollen mit der Räuberbande Szedaheli in Verbindung gewesen sein, deren Mitglieder den Grenzsoldaten Müller ermordet haben. Einer der Verhafteten gibt an, daß er die Radiostation und einige andere Objekte in Kaschau in die Luft sprengen wollte. Es wird abzuwarten sein, ob diese Hochverratsaffäre nicht ebenso verlaufen wird, wie alle bisherigen.

Wie das faschistische Italien rüstet! In der vorgestrigen Sitzung der Kammer erklärte der Unterstaatssekretär für Aeronautik, Italien würde innerhalb von drei Jahren folgende Luftflotte besitzen: 865 Bombenflugzeuge, 1250 Kampfflugzeuge und 682 Aufklärungsflugzeuge, zusammen 2797 Flugzeuge.

Ueber den Internationalen Frauentag erhielten wir noch einen Bericht aus dem Kreisgebiet Mies-Bissen. Dort haben anfänglich des Frauentages vier gut besuchte Versammlungen stattgefunden. In Hollischen und Staab sprach Genossin Kirpal, in Mies und Tachau Genossin Agnes Kühnel. In Hollischen und Mies wurden gelegentlich der Kundgebungen neue Mitglieder gewonnen.

Sektionschef Rue des Eisenbahnministeriums, der den Durchführungsbescheid zur Dienstordnung der Eisenbahner ohne Wissen des Ministers Rossmann herausgegeben hat, ist vorgestern auf Urlaub gegangen und es ist unbestimmt, ob er wieder auf seinen Dienstposten zurückkehren wird.

Einbruch im Göttinger Postamt. Nach einer bei der Wiener Polizeidirektion eingetragenen Meldung wurde Dienstag nachts im Postamt in Götting ein Einbruch verübt. Die Täter erbrachen eine Handkassette und stahlen neun Geldbriefe mit einem Inhalte von insgesamt 111.000 Kronen. Mägllicherweise handelt es sich um dieselben Täter, die Ende Februar in die gleiche Postamtstasche eingedrungen waren und damals 16.300 Kronen geraubt hatten, denen es aber nicht gelang, die zweite Kassee zu erschließen, in der sich gegen eine halbe Million Kronen befand.

Die Kinder konfessionsloser Eltern. Der Wiener Verfassungsgerichtshof hat Dienstag in einer Streitfrage, ob Kinder konfessionsloser Eltern diesen in der Konfessionslosigkeit folgen dürfen, unter Aufhebung einer gegenwärtigen Entscheidung des Unterrichtsministeriums dahin entschieden, daß durch den Staatsvertrag von St. Germain eine vollständige Gleichstellung aller Arten von Konfessionen eingetreten ist, daher als Religionswechsel jetzt auch der Fall anzusehen ist, daß jemand aus einer Kirche austritt und in den Zustand der Konfessionslosigkeit tritt. Dies hat die Wirkung, daß seine Kinder ebenfalls in den Zustand der Konfessionslosigkeit zu verfallen sind.

Ein ganz Abnormaler. In Zittau in Sachsen wurde am verfloffenen Sonntag der 53-jährige Karl Rudolf Schierlein in dem Augenblick festgenommen, als er einer Jungeneurotistin den Mantel mit Säure besprühen wollte. Es handelt sich offenbar um

jenen schon seit dem Jahre 1919 gesuchten Mann, der zahlreiche Frauen und Mädchen mit Säure anspritzte. Der von ihm verursachte Schaden geht in die Hunderttausende von Mark. Schierlein dürfte seine Attentate aus sexuellen Beweggründen betrieben haben. Er beschäftigte vornehmlich die Kleidung junger Mädchen und wohlgestalteter Frauen, zu meist auf dem Rücken und an den Hüften. Bei seiner Festnahme war er ein Muggisfläschchen weg, in dem sich Schwefelsäure befand. Die Behörden hatten 1000 Mark Belohnung auf seine Ergreifung ausgesetzt.

Die Verhandlungen der Bankbeamten. Vor etwa 14 Tagen wurden die seinerzeit abgetroffenen Verhandlungen zwischen den Bankbeamten und dem Bankverband wieder aufgenommen. Wie diese Verhandlungen endigen werden, ist noch nicht abzusehen, da in einzelnen Punkten schwerwiegende Differenzen bestehen.

Eisenbahnrundfunk in Italien und Jugoslawien. Die Cyprische Walfahrt-Tour werden in Zukunft mit Rundfunkgerät ausgestattet werden. Auch in den Jagen der Strecke Nisch-Belgrad-Agram-Sesjence ist mit der Aufstellung von Rundfunkempfangsgeräten begonnen worden.

Die Tagung der Völkerbundligen in Berlin. Die diesjährige Tagung der Union der Völkerbundligen findet, zum erstenmale auf deutschem Boden, in Berlin in der letzten Mai-Woche statt. Die Minderheitenkommission wird ihren jährlichen Bericht erstatten und gleichzeitig einen eingehenden Entwurf über das Verfahren des Völkerbundes in Minderheitenangelegenheiten vorlegen, der gegenüber dem in Vorjahre bereits angenommenen Beschluß vor Standpunkt der Minderheiten einen großen Fortschritt bedeutet. An der Ausarbeitung dieses neuer Entwurfes hat die Deutsche Liga in der Tschechoslowakei hervorragenden Anteil genommen. Die österreichische Liga beantragt, die Union möge die Staaten auffordern, ihre Gesetzgebung über den Schutz der Tiere zu verbessern; weiter, daß der Völkerbund aufgefordert werde, eine internationale Aktion betreffend die einheitliche Jahrtrichtung einzuleiten und schließlich ein neuerliches Einschreiten des Völkerbundes zwecks Abschaffung der Papstfisa bzw. Verabolung der Papstgebühren. Die englische Liga legt einen Entwurf der Edward-League for Penal Reform zwecks Abschließung einer Konvention der zivilisierten Staaten zum Schutze der Verhafteten und der Gefangenen vor. Die Deutsche Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik wird durch eine starke Delegation vertreten sein.

Das Amtsleid der tschechoslowakischen Richter. Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, monoch bei allen Verhandlungen, die in Zivil- und Strafsachen durchgeführt werden, sowie auch bei allen Verhandlungen, außer bei Verhandlungen von Sachverständigen und Zeugen vor einem beantragten oder eruchten Richter, alle Richter, staatsanwaltlichen Beamten und sachmännischen Beirichter ein Amtsleid, bestehend aus einem schwarzen Talar und einem Barett, zu tragen haben. Dieses Amtsleid wird für die Berufsrichter und staatslichen Beamten auf Kosten des Staates, und zwar gelegentlich deren erster Ernennung beschafft. Die neue Verordnung tritt am 1. September 1927 in Kraft.

Senkrecht laufende Flugzeuge. Technisch am wenigsten vervollkommen und dem Idealzustand genähert sind die Landungseigenschaften der Flugzeuge. So, das Landen ist auch heute noch immer eine umständliche Sache, die nur auf großen und gut eingerichteten Flugplätzen bequem zu machen ist. Solche Flugplätze sind aber recht teuer, und solange man nicht überall glot; landen kann, ohne eine große Fläche zu brauchen, ist das Flugzeug kein so allgemeines Verkehrsmittel wie das Auto. Selbige es, senkrecht laufende Flugzeuge zu konstruieren, so wäre das Problem gelöst. Schon vor dem Kriege versuchte man es vergebens mit Schraubenfliegern. Neuerdings baut man nun in England ein Windmühlensflugzeug, „Autogiro“, das allen Anforderungen eines modernen Flugzeugs entspricht und nahezu senkrecht landen soll. Im regelmäßigen Flugverkehr ist der Typ allerdings noch nicht erprobt und auch über die Wirtschaftlichkeit liegen keine Meldungen vor.

Wiedereinführung christlicher Feiertage in Sowjetrussland. In Moskau ist vor kurzem amtlich ein Verzeichnis der Festtage veröffentlicht worden, an denen die Arbeit verboten ist. Neben den sowjetstaatl. Kommunistischen werden hier auch die wichtigsten christlichen Feiertage festgelegt. Die ersteren sind: der 1. Jänner als Neujahrstag, der 22. Jänner, der Todesstag Lenins und Gedächtnisstag des „Schwarzen Sonntags“, der 13. März als Gedentag der Abschaffung der Zarenherrschaft, der 18. März, der Tag der Pariser Kommune, der 1. Mai als Tag der Internationale, der 7. November, der Tag der bolschewistischen Revolution. Als religiöse (christliche) Feiertage sind festgelegt: 25. März (Maria Verkündigung), der 25. April (2. Osterfeiertag), der 2. Juni (Himmelfahrt), der 13. Juni (Pfingsten), der 6. August (Christi Verkündigung), der 15. August (Maria Himmelfahrt). Dieser Feiertagskalendar gibt zu denken. Aus der gurgelnden Sturmflut taucht wieder, unzerstört, das Urgeheim empor.“ — So jubelt die bürgerlich-christliche „Presse“. Was sagen hiezu jedoch die kommunistischen Arbeiter, die gewohnt waren, Sowjetrussland als das erhoffte Paradies anzusehen, wo jeder kirchliche Einfluß so gut wie verbottener ist??

An alle „Naturfreunde“—Ortsgruppen! Bis 2. April sind alle unverkauften Wintersport-Kartonskarten der zuständigen Stationskassa mit dem Ansuchen um Rückzahlung des Wertes zu übergeben.

**Ein internationaler Friedenskongress in Prag.**  
Das internationale Amt für Erziehung in Genf hat mit dem Titel „Friede durch die Schule“ eine Tagung während der Osterferien (18. bis 20. April) nach Prag einberufen. Bei dieser Tagung, die in den Räumen der philosophischen Fakultät stattfindet, sollen die bisherigen Arbeiten, die bei den verschiedenen Nationen für die Erzielung des Friedens geleistet wurden, erörtert und die Wege gezeigt werden, welche die Völker gemeinsam einzuschlagen haben, um die Friedensidee und die gegenseitige Achtung der Nationen der Jugend in den Schulen für das ganze Leben einzupflanzen.

**Wegen 167 Kronen den Schwager ermordet.**  
In ein Gasthaus in Stauding kam Samstag eine Gesellschaft junger Leute, u. a. auch ein gewisser Alois Bajnar und Liber Bartos. Die beiden sind Schwäger. Liber hatte seinen Wochenlohn im Betrage von 167 K bei sich. Plötzlich forderte der Bartos seinen Schwager auf, ihm das Geld zu geben. Als sie um 11 Uhr das Gasthaus verließen, stritten sie weiter. Vor dem Hause des Bartos sah sein Schwager aus einer Zigarette einen Nagel heraus und verlegte ihm in bestialischer Weise mit dieser grauenhaften Waffe die Stirn ins Gesicht, die furchtbaren Wunden zur Folge hatten, denen Bartos erlag. Bajnar ging nach der Tat ins Gemeindegasthaus und trank dort ein Bier. Als er gerade ein zweites Glas bestellte, erschienen Gendarmen und verhafteten ihn.

**Der Erstknigge mit der Sphäre.**  
In Konstanza der rumänischen Hafenstadt, spielte sich dieser Tage eine Schreckensszene ab. Eine große Menge Spazierer mittags am Ufer, als man plötzlich wilde Schreie hörte. Alles stüchtete, denn ein schrecklich aussehender, verwahrloster Mann kam im wilden Lauf dahergest. Es war offenbar ein Irrenkranke, der eine riesige Schneidmesser in der Hand hielt und damit auf die Leute losstach. Finen Anaben traf er ins Herz und schnitt ihm die eine Hand ab. Das Kind ist auf der Stelle gestorben. Endlich gelang es den Jren zu überwältigen und in die Anstalt zurückzubringen, aus der er entlassen war.

**Der Stadtrat von Paris hat einen Antrag angenommen,** in welchem gefordert wird, daß die Heilungskosten für die Ausländer in den Pariser Krankenhäusern durch die betreffenden Staaten ersetzt werden. Wie angegeben wird, wurden im Jahre 1926 in den Pariser Krankenhäusern 25.000 ausländische Staatsangehörige ärztlich behandelt und die damit verbundenen Ausgaben bezifferten sich auf zwölf Millionen Frank.

**Die Typhusepidemie in Kanada.**  
Aus Montreal wird berichtet: Die Zahl der Typhuskrankungsfälle hat sich im Laufe eines einzigen Tages um 167 erhöht und beziffert sich auf insgesamt 1498. Tausende von Einwohnern lassen sich impfen.

**Die Kirche als Theater.**  
Die Stadtverordneten in Mühlhausen (Thüringen) beschließen, da die Verhältnisse im bisherigen Mühlhäuser Stadttheater unhaltbar geworden sind und das Geld zu einem Theaterneubau fehlt, die historische Kornmarktkirche in Mühlhausen, ein architektonisch interessantes Gebäude, zu einem Stadttheater umzubauen. Der Umbau, der mit 300.000 Mark veranschlagt worden ist, soll noch in diesem Jahre vollendet werden.

**Arbeitslosendrama in Kopenhagen.**  
In der dänischen Hauptstadt stürzte sich dieser Tage ein arbeitsloser Schokoladenarbeiter aus seiner im vierten Stock befindlichen Wohnung auf den Hof. Ein Polizeibeamter sorgte für die Ueberführung in das Krankenhaus und brachte den zehnjährigen Jungen bei Nachbarn unter, während er das anscheinend schlafende fünfjährige Töchterchen nicht stören wollte. Als die Frau jedoch vom Zeitungsaustragen nach Hause kam, mußte sie mit Entsetzen feststellen, daß das Mädchen erwürgt war. Völlig verwirrt gestand der Anabe, daß der Vater auch ihn zu erwürgen versucht hätte. Der Mann ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Er hat die Tat infolge überlanger Arbeitslosigkeit begangen.

**Bismarck und der Lehrer von Seelig.**

**Ein Brief Bismarcks, der seine unbezähmte Nachsicht enthüllt.**

In dem Werke „Tragereise im Reiche eines Autographen“ von Eugen Wolke, das voriges Jahr in Berlin erschienen ist, ist ein Brief erhalten, den Fürst Bismarck, als er noch Reichskanzler war, an den Regierungspräsidenten Kampf in Köslin gerichtet hat. Dieser Brief ist wirklich ein menschliches Dokument; man erfährt daraus, was für ein Gemütemensch dieser berühmte Bismarck gewesen ist.

Bismarck gehörte in Vargin die sogenannte Fuchsmühle (heute die Varginer Papierfabrik). Neben dieser Bismarck'schen Fuchsmühle war nun eine zweite Mühle; sie gehörte dem Müller Zielaff aus Seelig bei Vargin in Pommern. Bismarck hatte auf diese Mühle eine Hypothek; er oder irgendein Vorfahre von ihm hatte dem Müller einen Betrag aborgt und sich ihn hypothekarisch sicherstellen lassen. Möglicherweise wurde nun die Zurückzahlung der Schuld gefordert. Die Bismarck'sche Verwaltung wußte nämlich, daß der Zielaff nicht zahlen konnte, und hoffte nun, durch die Kündigung der Hypothek den schon lange gehegten Plan, diese Mühle billig und sicher zu erwerben, erreichen zu können. Aber sie hatte sich darin

**Gerichtssaal.**

**Wenn man der Bruder eines Exministers ist...**

Prag, 20. März. Wir haben feinerzeit berichtet, daß Wenzel Prázel, Großgrundbesitzer, Bruder des ehemaligen tschechischen Senatspräsidenten und kaiserlichen Ministers Prázel, des Verbrechens der schweren Körperverletzung angeklagt war und sich mit seiner „Reinlichkeit“ entschuldigen ließ, daß er nicht zur Verhandlung erscheinen könne. Prázel hat nämlich eine schwangere Frau, die er in seinem Walde traf, mit dem Regensturm so in den Leib geschlagen und mit Schritten trocknet, daß die Frau eine innerliche, schwere Verletzung erlitt und einen Abortus hatte.

Heute hatte sich Wenzel Prázel endlich vor dem Senate des OGBR. Plouček zu verantworten. Als bekümmerte Zeugen gegen ihn traten Anna Koucková, die verlegte schwangere Frau, und ihr Mann Wenzel Kouček auf; Prázel führte als Entlastungszeugen seinen Bruder Anton Prázel, Gutverwalter, an, dessen Zeugenaussage das Gericht zuließ, obgleich gegen ihn wegen Missetätigung beim Bezirksgerichte die Anklage wegen § 411 (leichter Körperverletzung) auch erhoben ist. Damit sind die weiteren Prázel's jedoch keineswegs fertig, denn am Gange wartete bereits ein neuer Zeuge, dessen Frau von Prázel gleichfalls in den Bauch getreten wurde. Prázel's Bruder als Entlastungszeuge suchte die Sache als Notwehr darzustellen, ob sie von der schwangere Frau und ihrem Mann angegriffen worden seien. Mit Recht fragte der Gerichtsvorsitzende: „Also nach Ihrer Zeugenaussage wehrt man wirklich nicht, ob die Frau, die durch die Mißhandlung Ihres Bruders einen toten Anaben zur Welt brachte, wegen schwerer Körperverletzung hier vor dem Senate steht oder der Angeklagte?“

Das Urteil der Gerichtsbärge lautete auch geradezu vernichtend für den Angeklagten. Prof. Šteblík sagte: „Die Verletzung, die die Frau erlitt, hatte eine innerliche Natur, nach ein paar Tagen einen Abortus zur Folge, eine Arbeitsunfähigkeit der Frau über 20 Tage. Sowohl am Leib der Frau, wie am Leib des Kindes waren Spuren von Schlägen sichtbar, die mit einem Stock oder ähnlichen Gegenstand verursacht wurden.“

Küßlich ist das Zeugnis eines Privatarties des Herrn Prázel, eines M.Dr. Tichý, der bestätigte, daß Prázel seit langer Zeit leidend ist, während der Bruder des Prázel behauptet, daß der Herr Entschuldigter bis zu jenem Tage, da der „Abortus“ auf seinen Bruder und ihn durch die Schwangere“ erfolgte, paupergesund war und Prázel durch die Mißhandlung erkrankt sei. Die Verhandlung wurde zwecks Einberaumung des M.Dr. Tichý und Abforderung einer Skizze des Tatortes vertagt.

Den Angeklagten verteidigt M.Dr. Věsítek, die verlegte Wöchnerin vertritt M.Dr. Španěl Stein.

**Eine Verlorene.**

Prag, 20. März. Ein gefunkener Mann ist ein Bild, das einem mit Trauer erfüllen kann und das man leider allzu oft im Gerichtssaal sieht. Noch trauriger aber ist das Bild einer gefunkelten Frau, einer, bei deren Anblick jede Hoffnung auf ein anderes, gebessertes Leben verfliegt. So eine stand heute vor dem Einzelrichter OGBR. Redová wegen Diebstahls angeklagt. Ružena Dolejšová ist eine 38 Jahre alte Prostituierte. Ihr Leib ist abgewelkt, im Gesichte trägt sie alle Spuren des Laster und der überstandenen Krankheiten, die dieser Beruf mit sich bringt. Um ihren Leib stehen die Männer nicht mehr. Also was soll sie tun? Arbeiten kann und will sie nicht; und wer würde sie auch nehmen? Also verlegt sie sich auf Schwelgen. Sie ist schon ein dazumal wegen Diebstahls angeklagt gewesen und zu Kerkerstrafen verurteilt worden. Unlängst um 6 Uhr früh setzte sie sich zu dem Kottweiser Bojtsch Ladmann in einem Kaffeehaus auf

den Weinbergen, der ihn, ihr den Fingerling einen Augenblick zu leihen, dann ließ sie damit weg. Sie wurde später ermittel und gab dem Redovábel eine falsche Wohnungsbefehle an, wo er sich den Ring abholen sollte. Dann wurde sie eingesperrt und sitzt nun seit 1. März in der Untersuchungshaft. Der Herr Kottweiser tritt stromm salutierend auf, schüttelt seinen Fingerling, den er übrigens vom Gericht zurückhält, auf 100 K. „Der Stein hatte einen Rubin“, sagte diese Perle eines Unteroffiziers. Die Dolejšová bekommt einen Monat schweren Kerkers mit Kosten und nimmt dankend die Strafe an. Die Untersuchungshaft ist eingerechnet, in zwei Tagen wird sie wieder in einem Kaffeehaus sitzen können.

**Die Pubköpfe machten die Firma pleite**

Prag, 20. März. Herr Robert Topolánek erklärt sich vor dem Dreirichtersena des OGBR. Plouček für unschuldig an dem großen geschäftlichen Unglücke mit dem neuen Haarwuchsmittel. „Das Mittel des Fräulein Bojtska Pohlová, die ich die Ehre hatte, als Generalrepräsentant für Haarwuchsmittel zu vertreten, ist ausgezeichnet. Fräulein Pohl hat selber ein sieben Meter 30 Zentimeter langes Haar davon. Aber die Pubköpfe sind schuld, daß unser Unternehmen nicht florieren konnte, niemand will mehr lange Haare tragen.“ erklärt Herr Topolánek.

„Darauf handelt es sich hier nicht,“ unterbricht ihn der Richter, „sondern darum, daß Sie um 7000 Kronen Inzerate aufgaben, die nicht bezahlt wurden! Wer war berechtigt, die Inzerate zu bestellen?“

„Fräulein Pohl, deren Generalrepräsentant ich bin.“

„Wo ist Fräulein Pohl?“  
„Derzeit in Paris.“

Es wird ein Inzeratenrequisitor namens Rachigall einberufen. Er ist bei der Inzeratenabteilung der Oeffenamttskassa tätig. Er nahm die Inzerate bei Herrn Topolánek für das Haarwuchsmittel auf, die „Politika“ brachte vier Monate lang die erfolgreichsten Anpreisungen, wie herrlich das neue Mittel sei, selber bezahlten weder Herr Topolánek noch Fräulein Pohl die Inzerate. Herr Topolánek beweist, daß Fräulein Pohl mit dem sieben Meter langen Haare, derzeit in Paris, alle Bestellungen unterschrieb. Er geht daher trotz einer Vorbestrafung rein und wacklos aus der Pubkopf-Tragödie seiner Firma mit einem Freispruch aus dem Gerichtssaal. Der Akt wird zu den übrigen gelegt, die auf Fräulein Pohl mit dem sieben Meter langen Haar warten, wenn sie aus Paris wiederkehrt. Es ist eine ganze Registerrolle voller Klagen auf unbezahlte Rechnungen verschuldet durch die Pubköpfe. Hoffentlich kommt sie bald nach Prag zurück, ohne erst abzuwarten, bis ihr die Haare viel leicht um weitere sieben Meter gewachsen sind.

**Devisentarie.**

**Prager Kurse am 30 März**

	Geld	Bare
100 holländische Gulden	1348,75	1354,75
10 Reichsmark	798,30	802,30
100 Belgien	468,6 1/2	471,62 1/2
100 Schweizer Franks	619,-	622,-
1 Pfund Sterling	163,45	164,65
10 Lire	154,90	156,-
1 Dollar	33 1/2	33,91 1/2
100 französische Franks	132,-	133,20
100 Dinar	59,6	59,74
100 Pennos	581,80	582,81
100 polnische Zloty	376,62 1/2	379,62 1/2
100 Schilling	474,50	477,50 1/2

den hiesigen Einwohnern zu lösen und daß er in ein Verhältnis verkehrt werde, wo er unter früherer Aufsicht der Schulinspektion oder eines Rentamtes betrogen werden kann, seine Begabung mehr dem Unterricht als dem Zinserverb zu widmen. Ich lasse den übrigen Lehrern meiner Besetzung nach Ermessen des Geistlichen jährlich Zulagen geben und würde mich freuen, auch in Seelig einen Lehrer berufen zu können, der die Verbesserung seiner Lage auf diesem Wege zu empfangen bereit und geeignet wäre. Eine Vererbung des Niemeyer würde daher nicht nur mit Dank erkannt, sondern auch den Gesamtinteressen des Unterrichts im Bezirk nützlich werden. Mit der Versicherung freundlicher Hochachtung bin ich der Ihrige  
b. Bismarck.

Der erwartete Erfolg blieb nicht aus. Nach kurzer Frist erschien bei dem Lehrer N i e m e y e r den Oberschulinspektor, Pastor Velling-Vartin, und eröffnete ihm eine Entschlieung der königlichen Regierung in Köslin, nach der Niemeyer „im Interesse des Dienstes“ nach Carlsberg versetzt war, mit den tröstlichen Worten: „Sie leiden an Rheumatismus, lieber Niemeyer, da können Sie von Carlsberg aus die Bäder in Polzin benutzen.“ Man hat immer gewünscht, daß Bismarck neben seinen großen Eigenschaften die einer unbezähmbaren Nachsicht hatte; an diesem häßlichen Brief hat man die Bestätigung.

**Volkswirtschaft.**

**Ein Antrag auf das Streikrecht abgewiesen.**

Am 8. Mai 1925 legte, wie wir dem „Internationalen Metallarbeiter“ (Komotau) entnehmen, die Arbeiterchaft der Eisenwerke Sandau die Arbeit nieder und trat in den Streik. Der Grund zu diesem Streik bildete die Kündigung des Vertrages durch die Arbeiterchaft, die am 1. März 1925 erfolgte, und das Verlangen der Arbeiter, durch einen neuen Vertrag einen höheren Lohn zu erreichen. Die Kündigung des Vertrages war mit vier Wochen festgesetzt. Trotzdem der alte Vertrag am 31. März 1925 bereits abgelaufen war, wick das Unternehmen Verhandlungen aus, um seinen neuen Vertrag zustande kommen zu lassen. Bisher fünf Wochen wartete die Arbeiterchaft zu, bis sie am 8. Mai die Arbeit einstellte. Im Betrieb war sowohl in der Arbeitsordnung, als auch im abgelaufenen Vertrag Kündigungsausschluß festgelegt. Ueberdies mußte jeder Arbeiter separat bestätigen, daß er mit dem Kündigungsausschluß einverstanden sei. Bereits am 2. Mai hatte der Betriebsauschubmann die Firma in Kenntnis gesetzt, falls es nicht zu Vertragsverhandlungen kommt, die Möglichkeit des Streikes bestehe, weil die Arbeiterchaft unbedingt auf den Vertragsverhandlungen bestehe. Nach Beendigung des tatsächlich einsetzenden Streikes, die durch einen Vertragsabschluss erfolgte, verfuhr nun die Firma ein Beispiel zu statuieren, um

Streiks in Zukunft unmöglich zu machen

und das Koalitionsrecht der Arbeiter überhaupt zu vernichten. Die er Versuch sollte dadurch zum Erfolg führen, daß man beim Kreisgericht in Böhmisches-Leipa eine Klage auf Schadenersch einbrachte, in welcher der Betrag von 60.000 Kronen gefordert wurde. Angeklagt wurden vier Arbeiter, und zwar Monteur, sowie der „Internationalen Metallarbeiterverband“ in Komotau und die „Gewerkschaft deutscher Metallarbeiter“, die diesen Betrag samt den Kosten und fünf Prozent Zinsen zu unentgeltlicher Hand bezahlen sollten.

Die Begründung für die Klage gegen die Arbeiter war, daß die Arbeiter Akfordarbeiter waren, die angeblich verpflichtet gewesen seien, vor Eintritt in den Streik erst eine Arbeit, die die Firma notwendig brauchte (es handelte sich um Wechsfel nach Italien, für die eine bestimmte Lieferzeit gegen Beschaffung eines Pönale vorgegeben war) fertigzustellen. Erst nach Fertigstellung der Arbeit hätten nach Meinung der Firma die Arbeiter in den Streik treten können. Die beiden Gewerkschaften, die am Streik beteiligt waren, wurden deshalb angeklagt, weil sie „zum Streik aufgehet“ hätten, beziehungsweise weil sie die Arbeiter „verleitet“ hätten, in den Streik zu treten.

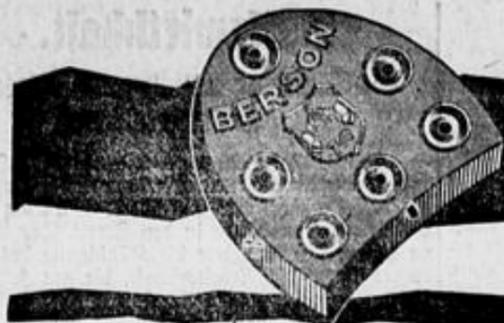
Wäre den Unternehmern dieser Schachzug gelungen, dann hätte keine Organisation einen Streik mehr führen können.

Das Kreisgericht in Böhmisches-Leipa hat jedoch am 14. Juli 1925 die Klage wegen Unzuständigkeit abgewiesen, und zwar deshalb, weil es sich um einen Schadenerschprozeß auf Grund eines Dienstvertrages handle, der nach der Gewerbeordnung zu beurteilen sei, und ferner deshalb, weil die Organisationen, die ihren Sitz in Komotau haben, nicht in Böhmisches-Leipa geklagt werden können. An Kosten hat das Gericht den Beklagten den Betrag von 4767,66 Kronen zugesprochen.

**Die Verflüssigung der Kohle.**

Die Brennstoffwirtschaft macht infolge der großen Erfindungen zur Entladung und Verwertung der Kohle eine grundlegende Veränderung durch. Die Verflüssigung in Bittsburg hat, wie die vom Internationalen Metallarbeiterverband (Komotau) herausgegebene interessante Zeitschrift „Kraft und Licht“ schreibt, auch gezeigt, inwiefern diese Entwicklung auf internationaler Basis fortschreitet. Besonders in Deutschland und verhält man diese Erfindungen möglichst großzügig auszuwerten. Die V. G. Farbenindustrie A.G. steht an der Spitze mit ihren Versuchen und errichtet dafür in Mitteldeutschland Kiesenanlagen. Auf dem bekannten Leunawerke bei Halle an der Saale sind gegenwärtig mehr als 8000 Banarbeiter beschäftigt und es wird dort mit Hochdruck an der Erstellung dieser Kiesenanlagen gearbeitet. Das Verfahren des Prof. Bergius geht bekanntlich dahin, aus der Kohle unter Verwendung von Wasserstoff bei hohem Druck Sol und Gas zu erzeugen. Welche magermächtige Ergebnisse man von der Kohlenverflüssigung erwartet, zeigen folgende Zahlen: Aus einer Tonne trockener Rohkohle will man 150 Kilogramm Gasolin (Motorreibstoffe) und 200 Kilogramm mittelschweres Sol gewinnen.

Wenn sich die Verflüssigungskosten dieser aus Kohle gewonnenen Produkte in wettbewerbsfähigen Grenzen mit den Erdölen halten, kann man ohne Ueberreibung einer gewissen Ummwälzung unserer Brennstoffwirtschaft entgesehen, und der Krise der Kohlenindustrie dürfte damit ein Ende bereitet werden. Volkswirtschaftlich bringt die Verwertung der Kohle neue Beschäftigungsmöglichkeiten im produktionstechnischen Sinne und macht viele Länder, die kein Erdöl besitzen, im weiten Ausmaß unabhängig von anderen Staaten.



Gehen Sie auf

# BERSON 750

gehen Sie mit dem Fortschritt

## Rückgang der Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich ist in den letzten Wochen andauernd zurückgegangen. Das ist zum Teil auf ein starkes Nachlassen der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen, andererseits sind zahlreiche ausländische Arbeiter über die französische Grenze abgeschoben worden. Die Einwanderungszahl belief sich in der ersten Februarwoche nur noch auf 146 gegen 986 in der Weihnachtswoche. Bis zum 20. März sind außerdem rund 22.500 ausländische Arbeiter aus Frankreich in ihre Heimat abgeschoben worden.

## Frankreichs Wirtschaftslage.

Paris, Mitte März 1927.

Das englische Pfund steigt wieder in Paris! Das Pfund war Anfang 1924 unter der vorangegangenen Poincaré-Regierung bis auf 115 hinaufgeschossen, um sehr bald wieder infolge energischer Eingriffe der Banque de France bis auf 67 zu fallen. Seit Juni 1924 ging es langsam, aber sicher wieder nach oben bis auf 248 am 21. Juli 1926, dem Tage des neuen Regierungseintritts Poincarés. Das große „Vertrauens“-Geschäft, das um Poincaré gemacht wurde, trug zur künstlichen Verabfolgung des Devisenmarktes bei. Am 15. Dezember 1926 zahlte man nur noch 119 Franken fürs Pfund. Den Ruhm, es wieder, wenn auch nur vorübergehend, bis auf 115 geholt zu haben, womit der Stand von 1924 erreicht worden wäre, hat Poincaré nicht einstreichen können. Aber seit Mitte Dezember macht sich mit wieder eine Aufwärtsbewegung geltend, die wohl nur mit starken Anstrengungen eingedämmt werden kann: es ging auf 120, 121, 122, 123, ja 124. Gewiß kam dies nur zögernd, aber schon bei 123,50 wurde von den Poincaré-freundlichen Zeitungen ein Riesenslam gemacht: es müsse alles verhindert werden, das Pfund etwa bis auf 124 hochkommen zu lassen. Jetzt ist es sogar schon bei 124,15.

Natürlich sind diese Steigerungen im Verhältnis zu dem, was voranging, zu gering, um auf den Wirtschaftsmarkt einen fühlbaren Einfluß auszuüben. Der Preisindex steht nach wie vor auf etwa 510 (die Basis von 100 für die Vorkriegszeit gerechnet), und abgesehen von einigen Importwaren (wie Kaffee und Zucker) und verschiedenen Luxusgegenständen kann man so wenig von irgend welcher Preislenkung sprechen, daß der Pariser Polizeipräsident solchen beschließen mußte, gemäß dem von Lyon, Marseille, Toulouse und Bordeaux gegebenen Beispiel städtische Fleischverkaufsstellen zu errichten, in denen die Waren billiger verkauft werden sollen, als in den übrigen Fleischläden. Und der Brotpreis, der einst Anfang 1924, also bei fast gleichem Pfundstand, 1,30 Franken pro Kilo betrug, macht heutzutage 2,15 Franken (0,35 Mark) aus.

Bei dieser traurigen Wirtschaftslage wird nicht nur die Zahl der Arbeitslosen immer größer, sondern auch die Frage ihrer Verwendung immer dringender. Nachdem Frankreich nach Mitte November 1926 nur 547 Arbeitslose zählte, erhalten jetzt 81.000 Personen Arbeitslosenunterstützung (davon 21.500 Frauen). Im März 1927, bei der vorangegangenen Arbeitslosenliste, betrug die Höchstzahl 91.225. Diese dürfte wahrscheinlich bald erreicht und ebenso bald überholt werden. Außer Paris, zu dem nun viele Arbeitslose aus der Provinz strömen, in der fast immer falschen Hoffnung, dort noch ein freies Arbeitsplatzchen zu ergattern, hat vor allem Straßburg unter dem jetzigen Zustand deshalb sehr zu leiden, weil es da im Verhältnis zur Größe der Stadt viel mehr Ausländer gibt als in den anderen französischen Provinzorten und weil von den Arbeitgebern vor allem die ausländischen Arbeiter entlassen werden. Der Straßburger Stadtrat hat jedoch beschlossen, alle die deutschen, polnischen und tschechischen Arbeiter, die jetzt beschäftigungslos auf eine Besserung der Lage hoffen, soweit sie nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen, in besondere „Arbeitslosenzimmer“ zu bringen. Der „Quotidien“ schreibt dazu, daß diese „disziplinlosen Ausländer womöglich eine Gefahr für gewisse Straßburger Stadtviertel bedeuten könnten“, so daß man verschiedentlich erwägt, diese Arbeitslosenzimmer lieber außerhalb der Stadtmauern zu errichten, und zwar in Wintersdorf, Neubreisach

## Allen Vereinen

bietet sich jetzt günstige Gelegenheit, Tombolageschenke und Wettkampfpreise in Galanterie-Waren, Spielsachen, Figuren, Reise- und Sportbedarfsartikel u. s. w.

**zu sehr herabgesetzten Preisen in unserem Ausverkauf im Warenhaus „Zur Stadt Paris“ zu erwerben.**



und Neuenburg. Besonders in Neubreisach sind noch aus der Kriegszeit her derartige Massenlagerplätze vorhanden.

Neben einem solchen merkwürdigen Abschub der arbeitslosen Ausländer, die noch vor ein bis zwei Jahren von der Straßburger Metallindustrie so dringend herbeigerufen worden waren, ist, wer noch arbeitet, auch nicht viel glücklicher, weder in Straßburg noch sonst. Wer früher 48 Stunden oder mehr tätig war, kam heutzutage meist ohnehin nur noch etwa die Hälfte der früheren Zeit beschäftigt werden, und selbst dafür suchen die französischen Arbeitgeber weitere Lohnherabsetzungen. So droht zum Beispiel aus diesem Grunde eben ein Streik der Hutarbeiter von Troyes auf den 15. März, falls die Arbeitgeber nicht noch rechtzeitig ihren Angriff abblasen. Denn natürlich war auch in Frankreich während der Inflationszeit die Lohnhöhe nie dem Preisindex richtig gefolgt. Kurt Lenz.

## Kunst und Wissen.

Anny Sieburg, die am Montag die Rosalinde in der „Hedermans“ und am Dienstag die Nadja in Granichstädtens Modesoprette „Der Orlow“ als Gast auf Anstellung lang, scheint endlich die Kraft zu sein, die unser deutsches Theater als erste Operettendiva braucht. Sie besitzt vor allem eine repräsentative Bühnenscheinung, schöne, ausdrucksvolle Gesichtszüge, eine ganz prächtige, ausgezeichnete kultivierte Stimme, die sie ebenso geschmackvoll wie wirkungsvoll zu verwenden weiß, verfügt über echtes Temperament, ist vorzüglich und ist eine überzeugende Schauspielerin. Daß ihrer Stimme in den hohen Lagen eine gewisse Härte anhaftet, fällt bei dem großen Plus ihrer guten künstlerischen Qualitäten kaum in die Waagschale, um so weniger, als dieser Mangel durch Schülung und Fleiß leicht zu beheben ist. Nicht unwesentlich für die Befürwortung des Engagements der Künstlerin ist auch der Umstand, daß Anny Sieburg eine ausgezeichnete, vordeutschliche und ausdrucksreiche Sprecherin ist. — Im „Orlow“ gastierte auch eine neue männliche Kraft, Herr Bruno Zaubert vom Theater in Franzensbad, der berufen ist, in den Sommermonaten Herrn Schipper, der noch Verpflichtungen an das Karlsbader Saisontheater hat, zu vertreten. Herr Zaubert zeigte nicht nur Routine, sondern auch hinreichendes schauspielerisches, tänzerisches und gesangliches Können. — cl.

Eine isländische Sinfonie. Von isländischer Musik wissen im Auslande nur wenige, obgleich schon die alten „Zwiegefänge“ und „Reinweisen“ dieses Volks eine Fundgrube interessanter Musik und teils ganz modern anmutender Tonführungsarten (Quintengefänge) bieten. Aber wie allenthalben auf der Insel, seitdem sie politisch zu größerer Selbständigkeit gelangt ist, Anjähre eines frischen kulturellen Lebens arthauchen, so auch neuerdings auf musikalischem Gebiet. So gelangte dieser Tage in den bekannten Vöckner Sinfonieconcerten unter Leopold Reichweins Leitung eine „Sinfonische Triologie“ von Jon Leifs, einem jungen Isländer, zu Gehör. Die drei Sätze der Komposition spielen sich in 15 Minuten ab.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (119-3), 7 Uhr abends: „Journalisten“ Freitag (120-4), 7 1/2 Uhr: „Tiefenlaube“ Samstag (121-1), 7 Uhr: „Fidelio“ Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Der Vogelhändler“

7 Uhr: „Das Schwalbennest“. Montag, 7 Uhr: „Hokuspotus“ Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 8 Uhr: „Milk Chocolate“. Freitag: „Loni“. Samstag: „Trigle“. Sonntag, 8 Uhr: „Trigle“. 7 1/2 Uhr: „Fucht“. Montag: „Tartuffe“. „Der zerbrochene Krug“.

## Literatur.

Jan Grmel, Remecké Mash, Edice Zever a Bichod: Verlag Müller & spol., Turnau. Eine kleine Anthologie deutscher Gegenwartsdichtung, die auf den 80 Seiten überfeste Gedichte von mehr als 40 deutschen Dichtern, Schriftstellern und Journalisten bietet. Dem Uebersetzer Grmel standen bei der Auswahl des Stoffes eine Anzahl Prager Literaten als Berater zur Seite, daher kommt es, daß die Auswahl, die viel Gutes und Schönes bringt, subjektiv „progerisch“ ausgefallen ist, indem vor allem fast alle Prager Publizisten überfeste wurden, was der Autor im Nachwort selber als „naheliegender“ zu verteidigen sucht. Von Arbeiterdichtern sind Rudolf Leonhard, Johannes N. Vescher, Max Barthel und Judmayer aufgenommen, also eine large Auswahl sozialer Dichter, Karl Hendell, Franz Diederich, Bruno Schönleut, Ernst Toller, Erich Mühsam, Gerrit Engelke, Alfons Leopold, Heinrich Verich u. v. a. unserer Dichter mußten daher den „Pragern“ das Feld räumen, keineswegs zum Nutzen der sonst mit liebevoller Hingabe geschaffenen Uebersetzungen. J. R.

## Der Film.

Die dreifache Leinwand. Vor kurzem hatte der französische Regisseur Abel Gance eine Leinwand und einen mit drei Objektiven versehenen Aufnahmeapparat konstruiert, die es ermöglichen sollten, Filme auf dreidimensionaler Fläche vorzuführen. Diese Erfindung wird bereits in den nächsten Tagen in Paris zum ersten Male zur öffentlichen Anwendung gelangen. Die Pariser Große Oper hat beschlossen, die neue Projektionsart bei der Aufführung des Films „Napoleon“ am 7. April zu verwenden. Man wird also bald Näheres über Erfolg oder Scheitern dieser technischen Neuerung zu hören bekommen.

## Vorträge.

Philosophie jednota. Vorigen Dienstag fand der letzte Vortrag im Jullus „Die gegenwärtige Philosophie des Marxismus“ statt. Genosse Karl Visek referierte über die neueste Revision des Marxismus, wobei er sich vornehmlich mit den kritischen Werken Hendrik de Mans, des bekannten belgischen Theoretikers, beschäftigte. De Man wendet sich in seiner Kritik des Marxismus in der Hauptsache gegen die materialistische Geschichtsauffassung, gegen den schwindenden Determinismus und Fatalismus bei Marx und will an Stelle dieser Anschauungen einen Voluntarismus setzen. De Man behauptet, daß der Kampf des Proletariates um seine wirtschaftliche Befreiung wohl durch die Funktionen der Wirtschaft in der Hauptsache bestimmt werde, daß aber unabhängig davon die differenzierte Psychologie der einzelnen Teile des Proletariates ihr Eigenleben führe und ihrerseits den Klassenkampf beeinflusse. Genosse Bidel stellte in seinem Referat fest, daß sich Hendrik de Man in seiner Kritik im Wesentlichen gegen Anschauungen wendet, die man gewöhnlich als „Vulgärmarxismus“ bezeichnet, das heißt, einzelne

Montag, den 4. April 1927, abends 8 Uhr, im Hörsaal der Deutschen Technik, Prag I., Hundsgasse (Hörsaal 20) allgemein zugänglicher **Lichtbilder Vortrag „Das neue Wien“** Vortragender: Genosse Josef Hofbauer, Prag. Regiebeitrag 1 Krone. Derselbe zeigt die gewaltigen Leistungen unserer deutschösterreichischen Genossen in der Gemeinde Wien. — Genossinnen und Genossen! Agitiert für einen zahlreichen Besuch dieses Lichtbildervortrages!

mit der Marx'schen Geschichtsbetrachtungsweise abgeleitete Ergebnisse kritisiert und damit gleichzeitig den Marxismus als solchen ablehnt, während die Marx'sche Denkmethode unberührt bleibt. Genosse Dr. Franzel legte in der Debatte einige Widerprüche bei de Man klar. — jch—

**Bereinsnachrichten.** Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag. Samstag, 2. April: 1. Kunstwanderung. Alt-Neuhyngog, Jüd. Friedhof und Rathaus. Zusammenkunft um 8 Uhr vor der Synagoge Mikulaska trida. (Einslung von Führern.) Sonntag, den 3. April: Abfahrt 6.45 Min. Maj. Vhf. nach Petřobitz. 6 Personen bilden bereits eine Gruppe zur Geltungmachung der Fahrpreisermäßigung. — Mittwoch, den 6. April: Vereinsabend, Café Rizzo. Besprechung der Interessen für die Osterfahrten nach Dresden und Reiberg. Nächsten Samstag 2. Kunstwanderung. Treffort: Kleinemter Bräuenturm.

**Aus der Partei.** Sozialdemokratische Studentengruppe. Freitag, 1. April, abends 8 Uhr, im Arbeiterverein Vortrag über das Genossenschaftswesen.

**Turnen und Sport.** Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband. Mitteilung an die Kreise und Bezirkschwimmvereine.

Wir teilen Euch mit, daß der Bundeschwimmkurs nunmehr nach Neustadt a. T. verlegt wurde. Der Schwimmkurs findet zu Ostern statt; die Zeiten sind bereits bekanntgegeben. Eventuelle Anfragen sind an Genossen Willi Ruda, Platten Nr. 57 bei Karlsbad, zu richten. Die Leistungen des Bundes zu diesem Schwimmkurs sind folgende: 1. Beifstellung der Kursleiter. 2. Für die Kreiswasserportaleiter: Fahrt, Verpflegung, Uebernachtung. 3. Für die Bezirkswasserportaleiter: Verpflegung und Uebernachtung. Wir bitten die Genossen, die noch folgenden Bekanntmachungen in den Tageszeitungen zu beobachten und erwarten, daß alle Kreise und Bezirke vertreten sind.

Verbesserungen der Fahrpreisbegünstigungen für die Arbeiter-Turner und Sportler. Dem Einschriften der verschiedenen Turn-, Sport- und Wanderorganisationen ist es gelungen, eine Verbesserung der bereits bestehenden Begünstigungen für gemeinschaftliche Eisenbahnfahrten, zu erreichen. Wir geben bekannt, daß die Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes nun bereits bei 6 Fahrteilnehmern eine 33prozentige Fahrpreisermäßigung genießen. Die zu durchzufahrende Mindeststrecke wurde von 31 auf 16 Kilometer herabgesetzt. Für die Jugendlichen unter 18 Jahren bleibt die bereits bestehende 50prozentige Fahrpreisermäßigung bei 6 Fahrteilnehmern aufrecht. Jugendliche bis zu 18 Jahren müssen die staatliche Fahrkontrollkarte von 1 Kč, Fahrteilnehmer über 18 Jahre, die Fahrkontrollkarte zu 3 Kč in dem Mitgliedsbuch eingeklebt haben. Beitragsreste dürfen in den Mitgliedsbüchern nicht vorhanden sein. Der betreffende Erlaß des Eisenbahnamtstransports trägt die Zahl 8186-III/3-1927 vom 2. März 1927. — Unsere Turner und Sportler, sowie alle Bundesmitglieder, die Wanderungen und Ausflüge unternehmen, werden diese Neuerung gewiß begrüßen.